

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/223

23. November 1971

Wir sitzen alle in einem Boot

Die aktuellen Streitfragen zwischen der
USA und Westeuropa

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Fragen an einen Bauernpräsidenten

Wessen Interessen vertritt Freiherr von Feury?

Von Lothar Löffler MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Er-
nährung, Landwirtschaft und Forsten

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Mehr Gerechtigkeit für Wehrpflichtige

Konsequente Beschlüsse des Deutschen Bundes-
tages

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Mobilisierung der Emotionen

Zur Reaktion der Unionsparteien auf den
SPD-Parteitag

Seite 7 / 43 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 229137-38
Telex: 888 040/886 047/
888 048 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Wir sitzen alle in einem Boot

Die aktuellen Streitfragen zwischen der USA und Westeuropa

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

"Die Welt wird immer komplizierter - zu Zeiten des Kalten Krieges war alles so schön geordnet". Dieser Stoßseufzer eines prominenten Teilnehmers der VII. Deutsch-Amerikanischen Konferenz in Washington war typisch für die Verwirrung vieler. Denn so sehr auch die Deutschland- und Ostpolitik der USA und der Bundesrepublik übereinstimmen, so tiefgreifend sind andererseits die Zweifel und die Verstimmung über die Weltwährungskrise und ihre Auswirkungen.

Erst drei Monate nach den Beschlüssen des Präsidenten Richard M. Nixon vom 15. August 1971 zur neuen Wirtschaftspolitik der USA werden sich die Betroffenen über die weitreichenden Konsequenzen dieser Beschlüsse zunehmend klar. Die USA haben damals nicht nur wesentliche Elemente ihrer liberalen Wirtschaftsordnung über Bord geworfen, sondern vor allem rücksichtslos ihre eigenen Interessen gegenüber ihren westeuropäischen Partnern und gegenüber Japan deutlich gemacht.

Die Liste der amerikanischen Forderungen ist eindrucksvoll. Die Westeuropäer sollen kräftig aufwerten, den Dollar stützen und ihre Einfuhren liberalisieren. Sie sollen mehr für die Anwesenheit der amerikanischen Truppen in Westeuropa zahlen. Aus Schützlingen der USA von gestern wurden ernstzunehmende Konkurrenten, die dementsprechend behandelt werden. Vieles von dem, was amerikanische Politiker in diesen Wochen zum Thema Währungs- und Handelspolitik sagen und fordern, trägt zwar unübersehbare Zeichen politischen Bluffs; dennoch ist die Lage sehr ernst auch

für die Amerikaner.

Wenn die amerikanischen Maßnahmen die US-Konjunktur nicht ankurbeln, muß befürchtet werden, daß weitere Schritte getan werden. Im Kongreß wird bereits an weiteren protektionistischen Vollmachten für Präsident Nixon gebastelt. Nächstes Jahr wird in den USA gewählt. Kann Nixon dann den Schutz für seine eigene Industrie abbauen? Sicherlich nicht.

Können wir andererseits unbegrenzt fortfahren, den Amerikanern mit freien Wechselkursen entgegenzukommen in einer Phase sich abkühlender Konjunktur? Sicherlich nicht. Floaten hat seine zeitlichen Grenzen und verlangt politische Entscheidungen. Denn der richtige Wechselkurs stellt sich so nicht ein. Diese Entscheidungen werden aber mit Sicherheit dann so aussehen, daß niemand daraus etwas gewinnt, auch nicht die USA.

In den USA ist der wirtschaftliche Protektionismus in der Gestalt des Isolationismus unübersehbar. In Westeuropa gibt es ein beachtliches antiamerikanisches Potential im politischen Denken und Handeln. Wir wissen, wie gefährlich diese beiden Attitüden sind. Westeuropa wird nicht zuletzt durch den britischen EWG-Beitritt in Zukunft immer stärker im wirtschaftlichen Wettstreit mit den USA liegen. Dennoch müssen wir im wohlverstandenen Eigeninteresse unsere gegenseitige Freundschaft fortsetzen und entwickeln. Unser Wohlstand wie unsere Friedenspolitik stehen und fallen mit dieser atlantischen Bindung.

Die USA irren sich, wenn sie meinen sollten, die Zeit arbeite für sie und würde uns Europäer schon weicklopfen. So kann zwar eine weltweite Rezession, nicht aber die Neuordnung des Welt-handels eingeleitet werden. Das muß aber auch den Franzosen gesagt werden. Kurzfristige Vorteile aus der eigenen, nationalen Währungs politik halten angesichts der Bedrohung der Weltkonjunktur nicht lange vor. Wir sitzen alle in einem Boot.

(-/ex/23.11.1971/ks)

+ + +

Fragen an einen Bauern-Präsidenten

Wessen Interessen vertritt der Freiherr von Feury?

Von Lothar Löffler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Deutsche Bauernverband versteht sich als eine berufsständische Organisation, die die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft wahrzunehmen hat.

Freiherr von Heereman, Präsident dieses Deutschen Bauernverbandes, hat auf einer Mitgliederversammlung anlässlich des 25jährigen Bestehens seiner Organisation das Bemühen um parteipolitische Neutralität herausgestellt. Es ist redlich, in diesem Zusammenhang lediglich von Bemühungen zu sprechen, denn konsequente Interessenvertretung vollzieht sich im politischen Raum. Da kann es schon einmal geschehen, daß die eine oder andere Bemerkung oder Maßnahme auch parteipolitisch geortet und gewertet werden kann.

Was man aber in den letzten Tagen von dem bayerischen Bauernpräsidenten, Freiherr von Feury, gehört hat, läßt nicht nur das Bemühen um parteipolitische Neutralität vermissen, sondern stellt ganz unumwunden einen massiven Angriff auf die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien dar. Dabei bedient sich dieser Interessenvertreter sogar Mitteln, die den Interessen der Bauern so zuwiderlaufen, daß der sichere Eindruck entsteht, es gehe hier in erster Linie um pure Parteipolitik.

Freiherr von Feury erklärte gegenüber der Presse, daß Bundeslandwirtschaftsminister Ertl sich mit aller Kraft bemühe, Hilfe für die deutsche Landwirtschaft zu schaffen. Im gleichen Atemzug betont er jedoch, daß dies gar nicht notwendig wäre, wenn Ertl diese Bundesregierung gar nicht erst mitgebildet hätte. Man muß wohl ein eingefleischter CSU-Mann sein, um sich die Schwierigkeiten in der deutschen Landwirtschaft so leicht erklären zu können! Zum Glück machen es sich nicht alle so leicht. Präsident von Heereman hatte am 27. Februar 1971 auf einer Kundgebung in Bonn noch erklärt: "Wir wissen, daß auch Fehler und Versäumnisse in der Vergangen-

heit sich heute auswirken". Freiherr von Feury weiß es nicht - will es nicht wissen.

Seit mehreren Monaten wird das Preisgebarren der deutschen Stickstoffindustrie kritisch unter die Lupe genommen. Es besteht der begründete Verdacht, daß innerhalb dieser Industrie Preisabsprachen bestehen, durch die die korrigierende Wirkung des Marktes außer Kraft gesetzt wird. Die Zeche dafür zahlen die deutschen Landwirte in Form von überhöhten Stickstoffdüngerpreisen. Deshalb bemühen sich mehrere Abgeordnete der Koalitionsfraktionen Licht in dieses Dunkel zu bringen. Entsprechende Verfahren laufen bei der EWG-Kommission in Brüssel und beim Bundeskartellamt. Das Interesse des Bauernverbandes müßte es also wohl sein, diese Bemühungen zu unterstützen.

Freiherr von Feury sieht das aber anders. In einem Gespräch mit Vertretern der Stickstoffindustrie einigte er sich zunächst mit seinen Partnern darauf, der Bundesregierung eins auszuwischen, indem gemeinsam erklärt wurde, daß die deutsche Stickstoffindustrie durch die Währungsunsicherheit in eine ähnliche Ertragsverschlechterung geraten sei wie die Landwirtschaft. Ein Beweis dafür wird natürlich nicht erbracht. Leider fehlt in der entsprechenden Mitteilung jeder Hinweis darauf, ob Freiherr von Feury die Vertreter der Stickstoffindustrie auch gefragt hat, warum die Preiserhöhungen für Stickstoffkunststoffe fast doppelt so hoch ausgefallen sind, wie es die Industrie im Juni dieses Jahres angekündigt hatte.

Von Rousseau stammt das Wort: "Es ist nicht nötig, den Charakter der Leute zu kennen, sondern nur ihre Interessen, um ungefähr zu erraten, was sie zu jeder Sache sagen werden". Bleibt nur noch die Frage offen: Wessen Interessen vertritt der Freiherr von Feury eigentlich? (-/ox/23.11.1971/ks)

Mehr Gerechtigkeit für Wehrpflichtige

Konsequente Beschlüsse des Deutschen Bundestages

Kurz vor Erscheinen des neuen "Weißbuches 1971/72 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" kann Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt eine weitere Maßnahme seines alten Weißbuches als erledigt abhaken. Nachdem er weiter über hundert der von ihm im "Weißbuch 1970" angekündigten Maßnahmen in die Tat umgesetzt hat, kam diesmal das Parlament zu Hilfe: Der Bundestag verabschiedete die 8. Novelle zum Wehrpflichtgesetz. Die darin enthaltenen Änderungen lassen sich unter dem Motto "mehr Gerechtigkeit, sinnvollere Planung im Wehersatzwesen und größere Kosteneffektivität" zusammenfassen.

Zunächst entfällt nach der neuen Novelle die bisher bestehende Möglichkeit, Wehrpflichtige auch vor Vollendung ihres 25. Lebensjahres nur zu einem verkürzten Grundwehrdienst heranzuziehen. Diese Möglichkeit bestand vor allem für jene jungen Leute, deren Einberufung zum "normalen Termin" wegen ihrer Unentbehrlichkeit im eigenen oder elterlichen Betrieb (z.B. junge Selbständige oder Landwirtssöhne) eine besondere Härte dargestellt hätte. In der Praxis wurden sie dann zu einem verkürzten Grundwehrdienst einberufen, der aber - und das war die ungerechte Seite der Medaille - praktisch nicht angetreten werden mußte, weil die Truppe diese Kurzzeit-Wehrpflichtigen nicht sinnvoll in ihre auf eine größere Masse zugeschnittenen Ausbildungsgänge einbauen konnte.

Was für den Einzelnen in Zukunft nun als unerwarteter Zwang zur Ableistung des Wehrdienstes erscheint, ist von der Gesellschaft her gesehen nichts weiter als ein höheres Maß an Gleichbehandlung und damit an Gerechtigkeit.

Zum zweiten präzisiert die 8. Novelle die Bedingungen für eine zeitweise Zurückstellung vom Wehrdienst aus Gründen der Aus-

bildung und Weiterbildung von jungen Männern. Bisher konnte nur der Wehrpflichtige auf Nachsicht hoffen und vorerst vom Wehrdienst verschont bleiben, wenn ein Ausbildungsabschnitt zum Zeitpunkt seiner geplanten Einberufung zu mindestens einem Drittel gefördert war. Zu leiden hatten unter dieser Regelung besonders jene jungen Leute, die erst im fortgeschrittenen Alter eine Lehre aufgenommen oder eine andere weiterführende Ausbildung in Angriff genommen hatten. Bestraft wurden gewissermaßen vielfach diejenigen, die sich der Mühe des zweiten Bildungsweges oder eines späten Studiums unterzogen.

Der Fleiß und die persönliche Initiative junger Menschen wurde so vom Gesetzgeber schlecht gelohnt. Zukünftig jedenfalls ermöglicht es das Gesetz, Wehrpflichtige auf ihren Antrag zeitweise vom Grundwehrdienst zurückzustellen, wenn die Einberufung den zweiten Bildungsweg zur Hoch- oder Fachhochschulreife oder eine andere erste Berufsausbildung vor einem entsprechenden Abschluß unterbrechen würde.

Die dritte Änderung schließlich betrifft alle rund zwei Millionen Wehrpflichtigen in der Bundesrepublik. Die Wehrüberwachung, die bisher grundsätzlich bis zum 60. Lebensjahr erfolgte, endet nunmehr bei Mannschaften mit Ablauf des Jahres, in dem sie das 35. Lebensjahr vollenden. Die entsprechenden Altersstufen wurden bei Unteroffizieren auf den Ablauf des 45. Lebensjahres und bei Offizieren wie jetzt mit Ablauf des 60. Lebensjahres festgesetzt. Dies ist eine vernünftige Anpassung an die Wirklichkeit, denn im Ernst konnte niemand glauben, daß ein Obergefreiter der Reserve im Alter von 58 Jahren - wohl möglicherweise als Frührentner - im Falle einer Krise kampfbereit zur Verfügung stehen würde. Mit dieser Regelung entfallen für die Betroffenen manche Pflichten des Bundeswehrreservisten, der z.B. dem Kreiswehersatzamt seine Wohnsitze mitzuteilen hatte. Nicht zu Unrecht erwartet das Verteidigungsministerium hier auch eine kostenwirksame Verringerung des Verwaltungsaufwandes in den Kreiswehersatzämtern.

Joachim Brunn
(-/ex/23.11.1971/ks)

Mobilisierung der Emotionen

Zur Reaktion der Unionsparteien auf den SPD-Parteitag

Die Reaktion der Unionsparteien auf den Außerordentlichen SPD-Parteitag in Bonn, der durch die Sachlichkeit, mit der er schwierigste und heikelste Probleme anpackte und löste, eine unvoreingenommene Öffentlichkeit stark beeindruckte, ist enthüllend. Der Kongreß offenbarte die ungebrochene geistige Kraft der Partei, durchdrungen von der Erkenntnis, den Notwendigkeiten von heute gerecht zu werden, zugleich aber auch die Weichen zu stellen für die Erfordernisse der Zukunft. Die Sozialdemokratie folgt auch nach über 100jährigem Bestehen dem Gesetz, das von Anfang an bei ihr galt: Staat und Gesellschaft humaner zu gestalten. Diese Aufgabe stellt sich im raschen Wandel der Zeit immer wieder neu, weil die Gefahren, die die Würde des Menschen bedrohen, in den verschiedensten Erscheinungsformen auftauchen und zu ihrer Bekämpfung unablässiges Bemühen erfordern.

Die Unionsparteien sind zurzeit außerstande, diesen Vorgang rational zu erfassen und zu begreifen, falls sie es überhaupt wollen. Sie flüchten in Emotionen und mobilisieren Ängste. Die Erklärung des CDU-Präsidiums, die SPD sei ihren linken Ideologen auf dem Wege in eine "sozialistische Gleichmacherei" schon weiter gefolgt als die Öffentlichkeit das bisher wußte, ist ein Armutszeugnis, das nur noch durch die Erkenntnis der CSU-Landesleitung übertroffen wird, auf dem SPD-Parteitag habe sich ein Kadertreffen zur "Vorbereitung des Klassenkampfes" abgespielt. Diese Aussagen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Strategie, wie die CDU/CSU 1973 ihren Wahlkampf zu führen gedenken. Die Union näherte sich damit wieder sehr der schon unter Adenauers Zeiten praktizierten Verkettung der SPD, die drauf und dran sei, die Menschen zum willenlosen Objekt eines sozialen Kollektivismus zu machen und die Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu untergraben. Dazu gehört, wie kann es anders sein, die Beschöpfung des Mittelstandes, dem durch "sozialistische Experimente" die Vernichtung drohe. Selbstverständlich fehlt in diesen Gruselmärchen auch nicht der Hinweis, daß die SPD die europäische Einigungspolitik durch eine Rückkehr zu nationalstaatlichen Denkgewohnheiten unterhöhle - eine Behauptung freilich, die für jedermann durch die pragmatische-progressive Europa- und Friedenspolitik der Brandt/Scheel-Regierung widerlegt wird.

In früheren Zeiten hatte die Mobilisierung von Ängsten unheilvolle Früchte getragen, die politische Vernunft durch unterschwellige Emotionen ersetzt, viele Bürger verwirrt und sie um den klaren Blick gebracht. Heute schreiben wir aber 1971. Der Bürger ist reifer und mündiger geworden. Das sollte man allmählich auch in der CDU/CSU bedenken.

(ae/ex/23.11.1971/cs)

- * * Der SPD-Pressedienst/Volkswirtschaft bringt heute (23. November
- * * 1971) in einer Sonderausgabe eine detaillierte Sachübersicht
- * * über die Steuerreformbeschlüsse des Außerordentlichen SPD-Partei-
- * * tages. Anforderungen schriftlich, telefonisch oder fernschrift-
- * * lich an SPD-Pressedienst/Volkswirtschaft Bonn erbeten (53 Bonn
- * * 12/Fresshaus I - Tel. 22 80 37/38 - Ps. C 886 846-43).